



ALBRECHT PALLAS

MITGLIED DES SÄCHSISCHEN LANDTAGS
SPRECHER FÜR INNENPOLITIK DER SPD-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG

Dresden, im November 2016

INFORMATIONEN ZUM DOPPELHAUSHALT 2017/18 IM BEREICH INNENPOLITIK

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

die Innere Sicherheit und besonders die seit Jahren angespannte personelle Lage bei der Polizei sind zwei der Themen, denen sich die SPD-Landtagsfraktion in den vergangenen beiden Jahren besonders angenommen hat. Aus vielen Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen, Vertretern von Gewerkschaften, Personalräten und Dienststellenleitern sowie aus eigener Erfahrung war mir vom ersten Tag der Regierungskoalition an klar, dass wir in diesem Bereich besonders dicke Bretter zu bohren haben würden. Zu diesem Zeitpunkt war allerdings noch nicht abzusehen, dass sich die ohnehin schon hohe Belastung für die sächsischen Sicherheitsbehörden noch weiter verschärfen würde – etwa angesichts des zunehmenden Demonstrationsgeschehens und der Flüchtlingsproblematik.

Gestatten Sie mir bitte an dieser Stelle noch einen kleinen Rückblick, bevor ich Ihnen erläutern möchte, was wir für den Bereich Sicherheit in den aktuellen Haushaltsverhandlungen erreichen konnten. Bereits mit Beginn der Koalition konnten wir hier einen Richtungswechsel einleiten. Denn in den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag haben wir durchgesetzt, dass der Stellenabbau bei der Polizei überprüft wird – auch wenn für uns als SPD von vornherein feststand, dass wir mehr junge und gut ausgebildete Nachwuchskräfte bei der Polizei benötigen. Und die Ergebnisse der mit der Überprüfung beauftragten Fachkommission Polizei haben unsere Einschätzung Schwarz auf Weiß bestätigt. Wir brauchen mehr Polizistinnen und Polizisten. Und hierfür müssen wir die Ausbildungszahlen schnellstmöglich hochfahren.

SPD-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG
BERNHARD-VON-LINDENAU-PLATZ 1, 01067 DRESDEN

 WWW.SP-D-FRAKTION-SACHSEN.DE

 FACEBOOK.COM/SPDFRAKTIONSACHSEN

 TWITTER.COM/SPDSAXLT



Für uns als SPD war klar, dass diese Ergebnisse im Doppelhaushalt 2017/18 umgesetzt werden müssen.

Mit dem Haushalt für die nächsten beiden Jahre kommt Sachsen im Sicherheitsbereich endgültig aus dem Reparaturmodus in die Gestaltungsphase. Das betrifft übrigens nicht nur die Polizei, sondern auch die Handlungsfähigkeit der Staatsverwaltung insgesamt. Denn beides gehört zur Inneren Sicherheit. Dabei hat die Koalition nicht nur die kommenden beiden Jahre im Blick. Schließlich kann man Personalentwicklung und Investitionen nicht nur in Zweijahresschritten planen – es sei denn, man verschließt die Augen vor den Realitäten.

Und ich bin sehr froh, dass die Arbeit der Fachkommission fortgesetzt wird. Denn die Berechnung des Stellenbedarfs ist bis jetzt nur eine Annäherung über allgemeine Kriterien und lässt wenige Rückschlüsse auf einzelne Fachdienste zu. Hier gilt es, die Kriterien zu verfeinern und die Bedarfsberechnung zukünftig noch genauer zu machen.

Hier nun einige Zahlen: Derzeit gibt es in Sachsen 13.005 Polizeistellen. Die Fachkommission Polizei kam zu dem Ergebnis, dass 1.000 Stellen mehr benötigt werden. Daher wurde der Ausbildungskorridor schon im Haushaltsentwurf der Staatsregierung von 550 auf 600 Stellen erhöht. Damit wären die vorgesehenen neuen Stellen erst im Jahr 2026 besetzt gewesen. Das ist uns zu spät. Deshalb haben die Koalitionsfraktionen nachgelegt und diesen Korridor durch Änderungsanträge nun ab 2018 auf jährlich insgesamt 700 Stellen erhöht. So kann das Stellenziel bereits im Jahr 2024 erreicht werden, sodass die zusätzlichen 1.000 Polizistinnen und Polizisten eher auf Sachsens Straßen unterwegs sind. Um auch ausreichend Bewerberinnen und Bewerber für neue Stellen zu gewinnen, wird die Polizei-Nachwuchskampagne fortgeführt und erneuert und mit jährlich 12.000 Euro mehr ausgestattet. Damit bewegen wir uns über den Haushaltsansätzen des jetzigen Doppelhaushalts.

Als Zwischenlösung wird die Polizei – befristet bis zum Jahr 2020 – durch 550 Wachpolizisten beim Objektschutz unterstützt. Diese Mitarbeiter erhalten dann auch die Möglichkeit, bei entsprechender Bewährung im Rahmen einer verkürzten Ausbildung in den regulären Polizeidienst übernommen zu werden.

Zur Ausbildung der zusätzlichen Beamtinnen und Beamten des gehobenen Polizeivollzugsdienstes werden an der Hochschule der sächsischen Polizei Rothenburg (FHPol.) ab 2018 zwei zusätzliche Professuren geschaffen. Zusätzlich wird es bereits ab 01.01.2017 eine Professur für gesellschaftspolitische Bildung geben. Darauf hatte sich das Regierungskabinett im März 2016 verständigt. Der Landtag schafft nun diese Stelle. Wir erwarten von dieser Professur wichtige Impulse und Konzepte für gesellschaftspolitische und berufsethische Themen, wie z.B. die Rolle eines Polizeibeamten im demokratischen Rechtsstaat, der Erwerb interkultureller Kompetenz oder die Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftlichen Themen. Auch die dezentrale Fortbildung der Beamtinnen und Beamten wird jährlich um weitere 25.000 Euro gestärkt.

Auch mit Blick auf Ihre Arbeitsbedingungen und Ihre persönliche Sicherheit wird sich etwas tun: Für die Anschaffung von Geräten und Ausrüstung – etwa Gerätewesten oder den Schlagstock kurz – wird der Freistaat in den kommenden beiden Jahren 27,2 Millionen Euro aufwenden – das sind das sechs Millionen Euro mehr als ursprünglich geplant. Auch hier haben wir als Koalitionsfraktionen für einen Nachschlag gesorgt. Gleiches gilt für die IT-Forensik, in die in den kommenden beiden Jahren 76,1 Millionen Euro investiert werden sollen.

Und um noch eine weitere Großbaustelle zu benennen: Für Bauinvestitionen an unseren Polizeistandorten stehen im Ergebnis für die nächsten beiden Jahre insgesamt 80 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind 30 Millionen Euro mehr, als noch im Regierungsentwurf vorgesehen – auch hier haben die Koalitionsfraktionen im Wissen um bestehende Probleme nachgebessert. Auch hier denken wir vorausschauend. Da wir nicht alle vorgesehenen großen Baumaßnahmen in den kommenden zwei Jahren abarbeiten können, schaffen wir die Grundlage für eine mittelfristige Investitionsplanung bis 2020. Die dringendsten Maßnahmen sollen in den kommenden zwei Jahren umgesetzt werden.

Oberste Priorität haben für die SPD-Fraktion dabei die im Haushaltsentwurf enthaltenen Maßnahmen sowie Investitionen in die Standorte für Aus- und Fortbildung (*Schießstätten, Polizeifachschulen, FHPol, Fortbildungszentrum*) sowie in solche Dienststellen, welche schon länger auf ihre Umsetzung warten (*Polizeireviere Döbeln, Leipzig-Nord, Plauen sowie Autobahnpolizeirevier Bautzen*).

Einen Bedarf für Um- oder Ausbauten sehen wir mittelfristig auch in folgenden Dienststellen: (Reihenfolge der Nennung stellt noch keine Priorisierung dar)

*SCHULUNGS- UND
REFERENZZENTRUM
DOMMITZSCH*

*NEUUNTERBRINGUNG
POLIZEIREITERSTAFFEL BEI
BEREITSCHAFTSPOLIZEI DRESDEN*

*POLIZEIREVIER ZITTAU-OBERLAND
POLIZEIREVIER WERDAU*

*MODERNISIERUNG HAUPTHAUS
BEREITSCHAFTSPOLIZEI DRESDEN*

POLIZEIREVIER BAUTZEN

*DIENSTLEISTUNGSZENTRUM
LEIPZIG DES*

POLIZEIREVIER BORNA

POLIZEIVERWALTUNGSAMTES

POLIZEIREVIER GROSSENHAIN

POLIZEIREVIER KAMENZ

Aber all diese Vorhaben fruchten nur, wenn Sachsen auch motivierte Polizeibeamtinnen und -beamte hat. Die SPD hatte die Streichung der Sonderzahlung durch die Vorgängerregierung deshalb immer abgelehnt. Sie war falsch und ungerecht. Im neuen Doppelhaushalt können wir die Wiedereinführung ohne Verzicht auf andere Vorhaben umsetzen. Nach der Einigung von Gewerkschaften und Finanzminister wird diese nun zum einen für die Vergangenheit nachgezahlt. Zum anderen schlägt sie sich für die Zukunft in einer höheren Besoldung nieder.

Eine Übersicht der Ergebnisse unserer Haushaltsverhandlungen finden Sie im Anhang. Für Rückfragen dazu oder Fragen und Meinungen zu anderen Themen stehe ich sehr gern zur Verfügung.

Denn mit der Umsetzung der von uns im Haushalt beschlossenen Maßnahmen können wir uns dann endlich einer inhaltlichen Weiterentwicklung der Polizei widmen. Dazu komme ich gern mit Ihnen in einen intensiven Austausch.

Als besonders wichtig scheinen mir folgende Fragen: Wie soll die Ausbildung in Zukunft weiterentwickelt werden? Wie erleichtern wir den Aufstieg? Wie kann der Bedarf an Spezialisten gedeckt werden? Und wie stellen wir uns auf neue gesellschaftliche bzw. Kriminalitätsphänomene ein und hinsichtlich potentieller Veränderungsbedarfe in der Polizeistruktur auf?

Haben Sie eine hierzu eine Meinung? Fallen Ihnen weitere Zukunftsfragen für die sächsische Polizei ein? Gibt es Probleme, die angegangen werden müssen?

ÜBER ALL DIES MÖCHTE ICH MIT IHNEN INS GESPRÄCH KOMMEN UND FREUE MICH AUF IHRE ANTWORT!

Mit freundlichen Grüßen

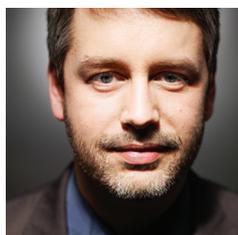


ALBRECHT PALLAS, MDL

SPRECHER FÜR INNENPOLITIK DER SPD-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG

PS: Gern können Sie dieses Schreiben auch interessierten Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung stellen.

Viele Informationen zum Doppelhaushalt 2017/18 finden Sie unter WWW.HAUSHALT.SPDSAXLT.DE



ALBRECHT PALLAS

BÜRGERBÜRO

SÜD POL DRESDEN | Nürnberger Str. 2/4, 01187 Dresden | Tel: 0351 21 99 96 96
INFO@SUEDPOL-DRESDEN.DE WWW.ALBRECHTPALLAS.DE



POLIZEI UND VERWALTUNG.

KOALITION STÄRKT HANDLUNGSFÄHIGEN STAAT.

I. AUSGANGSLAGE DURCH REGIERUNGSENTWURF DES DOPPELHAUSHALTES 2017/2018

URSPRÜNGLICH GEPLANTER STELLENABBAU bei der Polizei wird gestoppt

INSGESAMT 1.000 NEUE STELLEN für den Bereich Polizei und Verfassungsschutz geplant

ANHEBUNG DES EINSTELLUNGSKORRIDORS für Polizeianwärter ab 2017 von 550 auf 600 Stellen pro Jahr. Bereits 2016 wurde der Einstellungskorridor von 400 auf 550 Polizeianwärter angehoben

BEI DER WACHPOLIZEI entstehen 550 Stellen

ZUSÄTZLICHE PROFESSORENSTELLE an der Polizei-FH Rothenburg für den Bereich Politische Bildung

II. INHALTLICHE PRIORITÄTEN DER KOALITIONSPARTNER

AUFGABENORIENTIERTE UND ANGEMESSENE personelle und materielle Ausstattung der Polizei

FRÜHERES ERREICHEN DER PERSONALSTÄRKE von 14.000 Polizisten

MIT ERHÖHUNG DES AUSBILDUNGSKORRIDORS müssen entsprechende Aufstockungen im Bereich der Aus- und Fortbildungskapazitäten (Personal, Sachmittel, bauliche Infrastruktur) einher gehen

DIE ZUSÄTZLICHEN 1.000 STELLEN stehen für den Bereich Personal Polizei zur Verfügung, Personalentwicklungen im Verfassungsschutz erfolgen davon abgekoppelt

UMSETZUNG DER ERGEBNISSE der Fachkommission Polizei und deren Fortführung

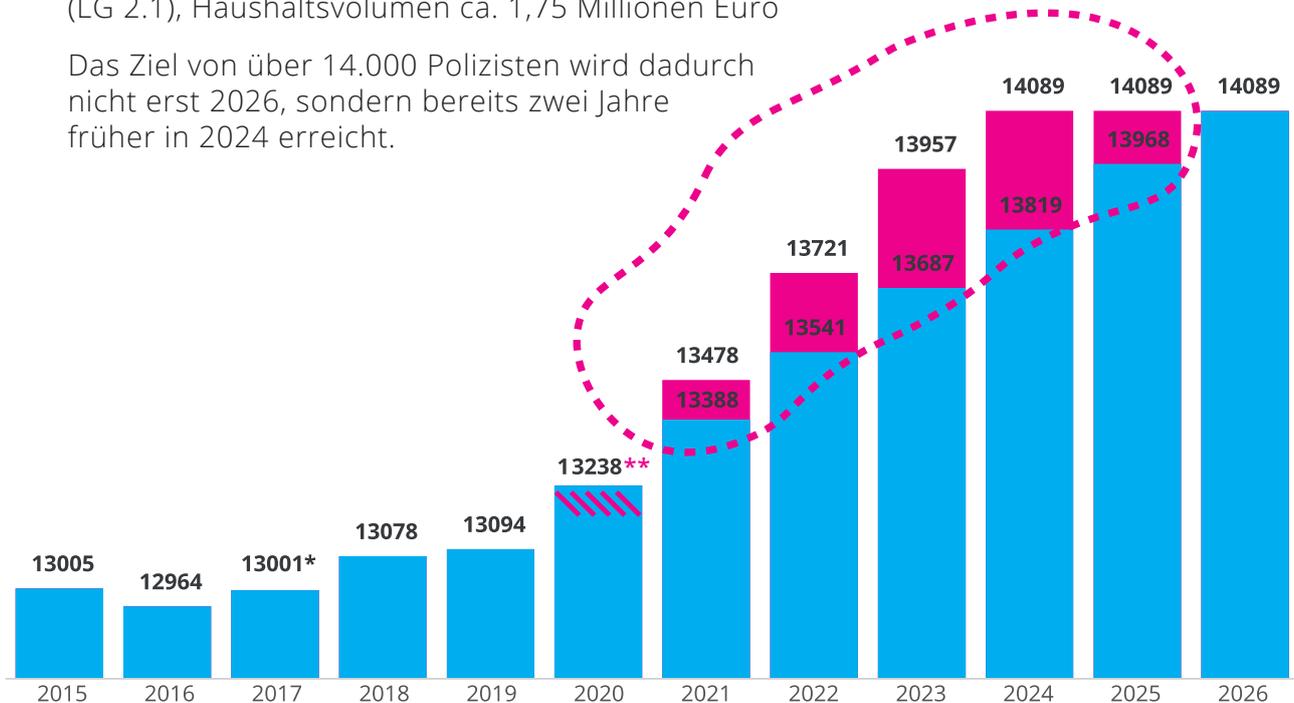
HANDLUNGSFÄHIGKEIT der Staatsverwaltung erhalten

III. UMSETZUNG DIESER PRIORITÄTEN DURCH FOLGENDE MASSNAHMEN

PERSONALENTWICKLUNG POLIZEI

Ab 2018 Anhebung Einstellungskorridor von **600 AUF 700 STELLEN PRO JAHR** – davon 75 Anwärter mittlerer Dienst (LG 1.2) und 25 Anwärter gehobener Dienst (LG 2.1), Haushaltsvolumen ca. 1,75 Millionen Euro

Das Ziel von über 14.000 Polizisten wird dadurch nicht erst 2026, sondern bereits zwei Jahre früher in 2024 erreicht.



* ab 2017 werden vom Staatsbetrieb Sächsische Informatikdienste (SID) 72 Stellen an die sächsische Polizei übertragen
** Auswirkung der Erhöhung des Einstellungskorridors ab 2017

INHALTLICHE KLARSTELLUNG im Einzelplan, dass der Stellenaufwuchs beim Landesamt für Verfassungsschutz nicht aus den 1.000 Stellen für die Polizei zu erbringen ist

AUS- UND FORTBILDUNG

Ab **2018 ZWEI ZUSÄTZLICHE W2 PROFESSOREN** an der FH Rothenburg

Aufstockung des Titels „**AUS- UND FORTBILDUNG, UMSCHULUNG**“ im Kapitel 0302 (Sammelansätze) **UM 25.000 EURO PRO JAHR** zur Stärkung der dezentralen Fortbildung bei der Polizei

Fortführung und Weiterentwicklung der **POLIZEI-NACHWUCHSKAMPAGNE (+12.000 EURO PRO JAHR)**

FORTFÜHRUNG DER ARBEIT DER FACHKOMMISSION

100.000 EURO PRO JAHR in den Sammelansätzen des Einzelplanes 3 (Ausgaben für Sachverständige und Mitglieder von Fachbeiräten etc.)

100.000 EURO PRO JAHR im Einzelplan 3, Kapitel „Hochschule der Sächsischen Polizei“ (Vermischte Personalausgaben für eigene Forschungsprojekte)

AUSSTATTUNG

Aufstockung des Titels „Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen“ im Kapitel 0320 (Polizeiverwaltungsamtsamt) um **3 MILLIONEN EURO PRO JAHR**

2 MILLIONEN EURO IN 2018 für IT-Forensik

BAUHAUSHALT

Baumaßnahmen im Einzelplan 14 im Bereich Polizei
Erstellung eines Gesamtkonzepts zu den Polizeistandorten in Sachsen, Gesamtvolumen ca. 30 Millionen Euro

IV. WEITERE MASSNAHMEN DER KOALITION ZUR STÄRKUNG DER STAATSVERWALTUNG

Geplanter Stellenabbau bei der Landesdirektion wird gestoppt, betrifft Verschiebung von **8 KW-STELLEN IN 2017 UND 60 KW-STELLEN IN 2018**

Das Staatsarchiv erhält zur Kompensation wegfallender Stellen Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 Euro für Projektstellen